

OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2018

HÖHEPUNKTE



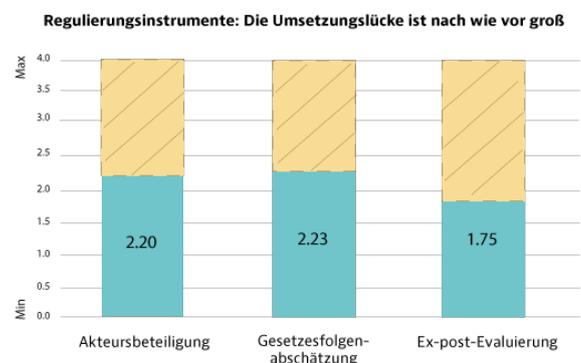
Was Sie zu guter Rechtsetzung beitragen können und was gute Rechtsetzung für Sie leisten kann!

Gesetze und Rechtsvorschriften sind wichtig. Ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben sind überall spürbar: Gebäudesicherheit, zuverlässiger Verkehr und sauberes Trinkwasser, um nur einige zu nennen. Die politischen Entscheidungsträger werden sich der Bedeutung guter Rechtsetzung zunehmend bewusst, die Welt ist jedoch komplexer geworden. Der schnelle technologische Wandel und die beispiellose Vernetzung der Volkswirtschaften stellen die staatlichen Stellen vor die Frage, welche Bereiche in welcher Form reguliert werden sollen. Skandale wie *Dieseltgate* und die *Wasserkrise in Flint* tragen entscheidend dazu bei, dass das Vertrauen der Bürger in die Institutionen abnimmt. Wir müssen es richtig angehen: Gute Rechtsetzung fördert die Wirtschaft, schützt die Umwelt, stärkt die Verbraucherrechte und garantiert die Sicherheit der Bürger.

Der *OECD-Ausblick Regulierungspolitik* beschreibt, wie 39 Volkswirtschaften vorgehen, um die Qualität ihrer Rechtsetzung zu sichern. Anhand der von der OECD entwickelten Indikatoren zur Regulierungspolitik und Governance (iREG) werden gute Regulierungspraktiken beschrieben und Bereiche ermittelt, in denen Verbesserungsbedarf besteht. Siehe Kapitel 2, 3 und 5.

Die OECD-Länder haben die Bedeutung guter Rechtsetzung erkannt. Ende 2017 hatten alle befragten Länder eine explizite ressortübergreifende Strategie zur Verbesserung der Regulierungsqualität.

Die Länder greifen auch zunehmend auf wichtige regulierungspolitische Instrumente wie Akteursbeteiligung und Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) zurück. Wir haben Fortschritte erzielt, es besteht jedoch noch Verbesserungsbedarf. Die Länder müssen noch viel weitergehen, um das Potenzial der Regulierungspolitik voll auszuschöpfen.



Die OECD-Länder erzielen Fortschritte und entwickeln neue innovative Lösungen.

Kanada und die **Vereinigten Staaten** arbeiten gemeinsam daran, die Energieeffizienzstandards für Produkte wie Kühlschränke und Klimaanlage zu harmonisieren. Durch die jüngsten Maßnahmen sinken die Energiekosten für die kanadischen Bürger bis 2030 um rd. 1,8 Mrd. USD und für die Hersteller um rd. 1,5 Mio. USD pro Jahr.

Die **brasilianische** Stromregulierungsbehörde überarbeitete von 2014-2017 ihre Durchsetzungsstrategie auf der Grundlage der *OECD Best Practice Principles on Enforcement and Inspections*. Von 2014-2016 führten Verbesserungsprogramme im gesamten Übertragungsnetz zu einer Senkung der Fehler unbekannter Herkunft um 41%.

Die Zufriedenheit der Bürger mit staatlichen Dienstleistungen nimmt in einigen Ländern zu, was teilweise auf Verwaltungsvereinfachung und Digitalisierung zurückzuführen ist. In **Frankreich** hat sich die Einschätzung der Qualität der öffentlichen Verwaltung zwischen 2010 und 2016 um 33% verbessert.

1. AKTEURSBETEILIGUNG

Das Vertrauen in den Staat geht zurück. Bürger, Unternehmen, Verbraucher, Beschäftigte, Handelspartner und andere kennen die Probleme, die durch Gesetze gelöst werden sollen, nur zu gut. Sie können wertvolle Beiträge leisten. Die Einbindung dieser Akteure in die Ausgestaltung, Umsetzung und Evaluierung von Regelungen erhöht deren Akzeptanz, insbesondere wenn die Beteiligten den Eindruck haben, dass ihre Meinung Gehör findet. Eine bessere Einbindung der betroffenen Akteure, u.a. durch Feedback zu ihren Beiträgen, würde die schlechte Gewohnheit durchbrechen, Regulierungspolitik als rein bürokratische Übung zu betrachten. Siehe Kapitel 2.

2. FOLGENABSCHÄTZUNG

Die Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) ist ein wichtiges Instrument, um zu entscheiden, ob und inwieweit eine Neuregelung Politikziele erreichen kann. Darin werden die Auswirkungen verschiedener Politikoptionen verglichen, um zu ermitteln, welcher Ansatz voraussichtlich den größten gesellschaftlichen Nettonutzen bringt, wer wahrscheinlich davon profitiert und wer die Kosten trägt. GFA werden in den OECD-Ländern häufig genutzt, oft aber nur als bürokratische Übung, in der einfach einzelne Punkte abgehakt werden. Die Politikverantwortlichen müssen sie strategischer einsetzen, den Schwerpunkt verstärkt sowohl auf den Nutzen wie auch die Kosten legen und eine solide Basis für die Ex-post-Evaluierung der Auswirkungen schaffen. Siehe Kapitel 2.

3. DURCHSETZUNG

Die Art und Weise, wie Gesetze und Rechtsvorschriften durchgesetzt werden, ist mindestens genauso wichtig wie ihre Ausgestaltung. Eine Regelung ist nur wirksam, wenn Unternehmen und Bürger sie auch einhalten. Nur wenige Länder haben eine klare Strategie und ausreichend Kapazitäten, um die Umsetzung von Rechtsvorschriften zu verbessern. Die Kontrollinstanzen müssen kosteneffiziente Verfahren entwickeln, um „schwarze Schafe“ zu entdecken, die die Regeln nicht einhalten, und ihre Kontrollen auf Bereiche konzentrieren, in denen Gesetzesverstöße die größten Risiken darstellen. Siehe Kapitel 4.

4. EVALUIERUNG

Die staatlichen Stellen brauchen „Realitätschecks“ um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften in der Praxis funktionieren und nicht veraltet sind. Bislang tappen die meisten Länder dabei im Dunkeln: Nur 5 von 36 Ländern evaluieren Rechtsvorschriften systematisch und prüfen konsequent, ob sie ihre Ziele erreicht haben! Systematische Ex-post-Evaluierungen sind für ein gut funktionierendes Regulierungsumfeld von entscheidender Bedeutung. Siehe Kapitel 2.

5. AUFSICHT

In den meisten OECD-Ländern werden die regulierungspolitischen Instrumente immer noch zu wenig genutzt oder ineffektiv angewendet. Durch Leitlinien und Monitoring ist sicherzustellen, dass die Evaluierungs- und Transparenzinstrumente einheitlich angewendet werden. Dies ist für die Regulierungsqualität entscheidend. Es gibt natürlich kein Patentmodell für die Regulierungsaufsicht. Für die meisten OECD-Länder gilt jedoch, dass die Aufsicht lückenhaft ist und nicht alle relevanten Aspekte der Regulierungspolitik erfasst. Außerdem erfolgt sie in einem späten Stadium des Rechtsetzungsprozesses, was ihren Effekt begrenzt. Siehe Kapitel 3.

6. GLOBAL DENKEN

Die größten Politikherausforderungen, wie Klimawandel, die Aufrechterhaltung globaler Wertschöpfungsketten oder die Gewährleistung der Sicherheit und Privatsphäre der Bürger, erfordern gemeinsame internationale Anstrengungen. Die Regierungen müssen ihre Regulierungsbemühungen bei diesen und anderen grenzüberschreitenden Problemen koordinieren und abstimmen. Sie können beispielsweise gemeinsam internationale Standards und Kooperationsrahmen entwickeln und die Auswirkungen auf andere Staaten und den Handel berücksichtigen, wenn sie neue nationale Rechtsvorschriften ausarbeiten. Die meisten OECD-Länder lassen diese Chance jedoch immer noch ungenutzt und fangen gerade erst an, eine systematische Strategie für die internationale regulatorische Zusammenarbeit zu entwickeln. Siehe Kapitel 5.

7. VERHALTENSWEISEN VERSTEHEN

Rechtsetzung zielt darauf ab, Verhaltensweisen zu ändern. Immer mehr OECD-Länder nutzen heute bei der Ausgestaltung, Umsetzung und Evaluierung von Rechtsvorschriften Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen wie Psychologie, Kognitionswissenschaft sowie Organisations- und Gruppenverhalten. Diese verhaltensökonomischen Erkenntnisse helfen den staatlichen Stellen, die Beweggründe der Menschen besser zu verstehen, die Bürger zu befähigen, bessere Entscheidungen zu treffen, und wirksamere Strategien zu entwickeln. Siehe Kapitel 6.

